



## **Ausschuss für Kommunalpolitik**

### **51. Sitzung (öffentlich)**

14. März 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:25 Uhr

Vorsitz: Christian Dahm (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

#### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

**5**

Der Antrag der PIRATEN, die Tagesordnung zu erweitern, wird mit den Stimmen von SPD, CDU, GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der PIRATEN abgelehnt.

#### **1 Landesregierung darf Evaluierung und Novellierung des Konnexitätsausführungsgesetzes nicht weiter verschleppen**

**6**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/4829

Der Ausschuss kommt überein, zu dem Antrag eine Anhörung nach der Sommerpause durchzuführen. Die CDU-Fraktion hat die Landesregierung gebeten, in der April-Sitzung auf die von ihr gestellten Fragen zu antworten.

**2 Der Bund darf sich nicht auf Kosten der Kommunen bereichern – Abschöpfungseffekte bei der Eingliederungshilfe stoppen 8**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/4818

Der Ausschuss verständigt sich auf Bitten der Fraktion der SPD darauf, den Antrag in der nächsten Beratungssitzung zu behandeln.

**3 Kassenkredite gefährden die kommunale Selbstverwaltung – Das Land hat die Kommunen vor ausufernder Verschuldung zu schützen 9**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/5033

Nach Beantragung eines Sachverständigengesprächs zu dem Antrag durch die antragstellende Fraktion kommt der Ausschuss überein, sich im Obleutegespräch über das weitere Beratungsverfahren zu diesem Antrag zu verständigen.

**4 Chancen nutzen – Kommunale Kooperationen verbessern 10**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/5039

Der Ausschuss kommt überein, der Antrag mit dem geplanten Gesetzentwurf zur Novellierung des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit gemeinsam zu beraten.

**5 Erlass des Landesministers zu Aufstellungsversammlungen bezüglich der Kommunalwahl am 25. Mai 2014 11**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 16/1658

– Aussprache 11

- 6 Ist die Einbindung der Umlageverbände in die Konsolidierungsbe-  
mühungen im Rahmen des Stärkungspakts gescheitert? 12**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 16/1685 – Neudruck
- In Verbindung mit:
- 7 Sachstandsbericht zum Stärkungspakt – Kommt die flächendecken-  
de Verlängerung**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 16/1694
- Diskussion 12
- 8 FiFo-Gutachten zur kommunalen Ausgabenlast – Hoher Kommunali-  
sierungsgrad, geringe Finanzausweisungen des Landes und über-  
durchschnittliche Sozialausgaben als Gründe der alarmierenden Fi-  
nanzsituation der Kommunen in NRW 16**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 16/1698
- Zuschrift 16/478
- Bericht durch Minister Ralf Jäger (MIK) 16
- Diskussion 17
- 9 Gesetz über die LBS Westdeutsche Landesbausparkasse (LSBG) 22**
- Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/4774

Der Ausschuss kommt überein, sich an der zu dem Gesetz-  
entwurf geplanten Anhörung des federführenden Haushalts-  
und Finanzausschusses pflichtig zu beteiligen.

**10 Gesetz zur Neuregelung des Wohnungsaufsichtsrechts und einer wohnraumrechtlichen Vorschrift 23**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/4379  
Drucksache 16/4459 – Berichtigung

Ausschussprotokoll 16/480

Der Ausschuss nimmt nach eingehender Aussprache den Gesetzentwurf der Landesregierung mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und PIRATEN gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU an. Das Votum wird dem federführenden Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr mitgeteilt.

**11 Verschiedenes 27****11.1 Gesetz zur Entwicklung und Stärkung einer demografiefesten, teilha-  
beorientierten Infrastruktur und zur Weiterentwicklung und Siche-  
rung der Qualität von Wohn- und Betreuungsangebot für ältere Men-  
schen, Menschen mit Behinderungen und ihre Angehörigen (GEP  
NRW) 27**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/3388

Der Ausschuss verständigt sich darauf, nach der nunmehr vorliegenden Verordnung zur Ausführung des Alten- und Pflegegesetzes sich mit dem vorliegenden Gesetzentwurf erneut zu beschäftigen. Zunächst will sich der Ausschuss an der am 19.03.2014 vom federführenden Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales beschlossenen Anhörung pflichtig beteiligen.

**Nächste Sitzungen: 19. März 2014 (13:00 Uhr, Anhörung)  
4. April 2014 (10:00 Uhr, Beratungssitzung) 27**